



WOLFGANG DRECHSLER
aus Kapstadt zum
Ausgang der Wahlen
in Südafrika

Zuma auf die Finger schauen

Wieder hat der Afrikanische Nationalkongress (ANC) die Wahlen in Südafrika gewonnen – und zum dritten Mal in Folge mit jener Zweidrittelmehrheit, die es ihm erlaubt, die Verfassung zu ändern. Es ist ein massives Vertrauensvotum für Jacob Zuma, den neuen Präsidenten. Der Sieg war eine ausgemachte Sache. Wie bereits bei den drei vorherigen Wahlen seit Ende der Apartheid vor fünfzehn Jahren gleicht das Resultat einem ethnischen Zensus: Die überwältigende Mehrheit der Schwarzen hat für den ANC votiert, der noch immer von seiner Aura als Befreier zehrt.

Obwohl sich in Südafrika allmählich eine politische Kultur etabliert, die von mehr Toleranz als im Rest des Kontinents geprägt ist, ist das Land noch längst keine «normale» Demokratie – und wird es auch lange nicht sein. Sichtbar ist dies zum einen an der schwachen Qualität der politischen Debatte. Mehr noch aber daran, dass die Geduld der Wähler mit den Machthabern selbst bei schwersten Versäumnissen viel länger währt als anderswo.

Wohin solche Nibelungentreue im schlimmsten Fall führt, hat Simbabwe unter Robert Mugabe gezeigt. Heute ist der frühere Musterstaat eine Ruine, und Südafrika hat der Selbstzerstörung zehn Jahre lang tatenlos zugeschaut.

Noch ist das Land am Kap freilich weit von solchen Verhältnissen entfernt. Doch Vorsicht ist geboten. Vieles deutet darauf hin, dass auch der ANC die Macht unverdünnt will. Zumas Vorgänger Thabo Mbeki hat die Macht bereits stark zentralisiert und Schlüsselstellen in einst unabhängigen Institutionen mit Gefolgsleuten besetzt. Zuma zeigt ähnliche Tendenzen. Dass kurz vor der Wahl ein Korruptionsverfahren gegen ihn aus fadenscheinigen Gründen eingestellt wurde, ist ein Zeichen für den zunehmenden Druck des ANC auf staatliche Organe.

Andererseits hat Südafrika Zuma einiges zu verdanken – insbesondere den Freiraum, den er in seinem Kampf gegen den Parteirivalen Mbeki für die Zivilgesellschaft zurückerobert hat. Viel wird davon abhängen, ob Zuma sich mit kompetenten Beratern umgibt oder bloss auf loyale Gefolgsleute verlässt. Bei allen Vorbehalten gibt es somit auch Chancen: Eine liegt in der Fussball-WM, die 2010 am Kap ausgetragen wird. Sie hat nicht nur dafür gesorgt, dass der Staat Milliarden in die Infrastruktur gepumpt und damit eine tiefe Wirtschaftskrise abgewendet hat. Wichtiger noch ist, dass die WM dazu beitragen dürfte, dass das Interesse an Südafrika nicht gleich wieder erlischt und dass der Westen den Machthabern auf die Finger schaut. Für die junge Demokratie wäre das gewiss kein Nachteil.

Kurz notiert

Rückschlag von Samsung und Hynix: Samsung Electronics erlitt im ersten Quartal einen Gewinneinbruch von 72% auf 619 Mrd. Won (461 Mio. \$). Die Halbleitersparte (Samsung ist führender Speicherchiphersteller) schrieb im zweiten Vierteljahr in Folge rot, und auch die LCD-Sparte war defizitär. Nur dank dem Handygeschäft – da stieg der Gewinn 2% auf 940 Mrd. Won – blieb auf Konzernebene ein Überschuss. Eine Erholung der Konsumnachfrage sei noch nicht in Sicht, erklärte das Unternehmen. Die Aktien korrigierten am Freitag in Seoul 5,6% auf 592.000 Won und gaben einen Teil des Gewinns aus den Vorwochen preis. Hynix, weltweit zweitgrösster Produzent von Computerspeicherchips und lokaler Rivale von Samsung am Halbleitermarkt, meldete mit 894 Mio. \$ den sechsten Quartalsverlust in Serie. Der Umsatz brach 24% ein. Beides war mehr als erwartet. Die Aktien verloren 4,8% auf 15.859 Won.

Afrika hat weniger zu befürchten

Agrarsektor stützt Wirtschaft – Probleme konzentrieren sich auf Minenbranche und Tourismus – Rechtsunsicherheit schreckt ab

DOMINIK FELDGES

Gelingt es Afrika, besser als Europa durch die Weltwirtschaftskrise zu kommen? Die Frage klingt angesichts der enormen Armut, die auf dem Schwarzen Kontinent nach wie vor herrscht, verwegend. Doch es gibt einflussreiche Stimmen, die Afrika eine grössere Krisenresistenz attestieren als den Industriestaaten Europas und Amerikas. Zu ihnen gehört der Internationale Währungsfonds (IWF), der seine Wachstumsprognose für Afrika zwar in letzter Zeit ebenfalls deutlich nach unten schraubte, für 2009 aber noch immer eine Expansion der Wirtschaftsleistung von 2% erwartet. Damit würde Afrika besser als die Entwicklungs- und Schwellenländer insgesamt (+1,6%) abschneiden und erst recht die Industrieländer (-3,8%) übertreffen.

Politisch stabiler

Afrika, das gemäss IWF 2008 noch um 5,2% und 2007 sogar um 6,2% expandierte, hat wegen seiner Landwirtschaft gute Chancen, einer Rezession zu entgehen. Kaffee oder Kakao wird auch in Krisenzeiten getrunken. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Agrarprodukten hängen mehr von der Wetter- und der politischen Situation ab. Während Erstere sich nie voraussagen lässt, hat Afrika in den vergangenen Jahren an politischer Stabilität gewonnen. Inzwischen wird nicht mehr nur eine Handvoll der 48 südlich der Sahara gelegenen Länder, wie Südafrika (vgl. nebenstehenden Kommentar), Botswana und Ghana, demokratisch regiert. Auch in Nigeria, Moçambique oder Sambia fanden in den vergangenen Jahren einigermassen freie und faire Wahlen statt.

Der Kaufkraft der afrikanischen Bevölkerung zugute kommt, dass die Verteuerung von Nahrungsmitteln und Brennstoffen im Zuge der Weltwirtschaftskrise zum Stillstand gekommen ist. Weil die meisten Afrikaner sich sonst nur wenig leisten können, kommt den Ausgaben für diese lebensnotwendigen Güter eine überragende Bedeutung zu. Trotzdem geht die Weltwirtschaftskrise an Afrika nicht spurlos vorüber: Weil in den Industrie- und Schwellenländern weniger produziert wird, hat sich die Nachfrage nach Rohstoffen ausserhalb des Agrarsektors wie Kupfer, Platin und Chrom stark zurückgebildet. Minenunternehmen sind gezwungen, in Afrika Zehntausende von Arbeitern zu entlassen, was zu wachsenden sozialen Unruhen führen könnte. Festzuhalten ist auch, dass die Bevölkerung im südlichen Afrika pro Jahr um 2,3% wächst. Eine Aus-



Attraktiv für Konsumgüterhersteller: Der Brauereieriese SAB Miller erwirtschaftet in Afrika 35% des Umsatzes, Unilever rund 8%.

weitung der Wirtschaftsleistung von 2% wie vom IWF für das laufende Jahr prophezeit, genügt deshalb bei weitem nicht, um genügend Arbeitsplätze allein für die nachrückende Bevölkerung zu schaffen. Dass immer mehr junge Afrikaner den Weg nach Europa suchen, ist kein Zufall.

Investitionen in Afrika bedürfen angesichts der verbreiteten Korruption und der vielerorts ungenügenden Rechtssicherheit selbst in Jahren der Hochkonjunktur starker Nerven und einer grosse Risikobereitschaft. An einem zum zweiten Mal durchgeführten Investmentseminar zum südlichen Afrika wurde diese Woche in Zürich eine Fülle von Anlagemöglichkeiten präsentiert. Nur die wenigsten Ideen dürften jedoch das zahlreich erschienene Publikum überzeugen haben. Zu gross sind die Risiken und zu unklar die Verdienstmöglichkeiten.

Immer wieder angesprochen wurden Investments in die Energieinfrastruktur. Dass diese für die meisten afrikanischen Ballungszentren bei weitem nicht ausreichend, ist unbestritten. Nigeria hat beispielsweise nur ein Zehntel der Stromerzeugungskapazität Südafrikas, obwohl das bevölkerungsreichste Land Afrikas mit über 140 Mio. Einwohnern fast dreimal so viel Leute wie die Kaprepublik zählt. Eine

andere Frage ist, ob Private in den Bau der entsprechenden Anlagen zu investieren gewillt sind, wenn nicht sicher ist, ob Stromrechnungen bezahlt werden.

Konsumsektor bevorzugen

Wie gering die Rechtssicherheit in Nigeria ist, zeigen Erfahrungen der Pharmaindustrie. Rund vier Fünftel der verkauften westlichen Medikamente seien Fälschungen, wurde an dem Investorenseminar be-

mängelt. Der gesamte Pharmamarkt im südlichen Afrika hat ein geschätztes Volumen von 20 Mrd. \$. Zum Leidwesen des Basler Unternehmens Roche handelt es sich dabei jedoch zum Grossteil um Generika vorwiegend indischer Herkunft. Roche erwirtschaftet in Afrika weniger als 1% des Umsatzes. In einer Art Goodwillaktion und im Wissen, dass Verstösse ohnehin nicht geahndet werden, verzichten die Basler ausserhalb Südafrikas auf einen Patentschutz ihrer Medikamente. Aidsmittel werden zu Preisen verkauft, die lediglich die Herstellungskosten decken.

Am besten eignen sich in Afrika derzeit wohl Engagements in den Konsumsektor. Sie bergen vergleichsweise geringe Risiken, weil der Kapitaleinsatz für die Anbieter gering ist. Gut positioniert ist auf dem Kontinent unter anderem der britisch-südafrikanische Brauereieriese SAB Miller, der dort rund 35% seines Umsatzes erwirtschaftet. Auch der südafrikanische Mobilfunkkonzern MTN hat in ganz Afrika dank erschwinglichen Angeboten und einem guten Qualitätsimage viele Kunden. Weniger zu empfehlen sind Anlagen im Minen- und im Tourismussektor. Beide Wirtschaftszweige leiden unter der schwachen Weltkonjunktur.

Steuerflucht: Drohkulisse bleibt

Hinhaltetaktik vor Gesprächen – Deutscher Zoll kann Kontrollen ausweiten

Wie angekündigt hat die Bundesregierung in Berlin am Mittwoch einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung verabschiedet (vgl. Mittwochausgabe). Das Parlament soll ihn noch vor der Bundestagswahl im September absegnen. Die Drohkulisse gegenüber Staaten, die nicht voll dem OECD-Standard für Transparenz und Auskunftspflicht entsprechen – Berlin nennt sie «Steuerparadies» –, bleibt damit aufrechterhalten.

Unternehmen und Privaten mit «positiven Einkünften» ab 500.000 €, die Geschäftsbeziehungen mit solchen Staaten unterhalten, werden verschärfte Dokumentations- und Mitteilungspflichten auferlegt. Auch kann ein Steuerpflichtiger gezwungen werden, die Finanzinstitute, über welche die Geschäftsbeziehungen laufen, zu Auskünften an die Finanzbehörde aufzufordern. Deutschland erhofft sich davon erhebliche Steuereinnahmen. Im Fall der Nichtkooperation drohen Bussen oder der Verlust von (gängigen) Steuervorteilen wie der Absetzbarkeit von Betriebsausgaben.

Im Visier ist auch die Schweiz, die bereits zugesichert hat, den OECD-Standard umzusetzen. In weiten Teilen ist das Gesetz darum eine Worthülse: Es wird nicht auf einen Staat angewendet, der «zeitnah Massnahmen zur Umsetzung des OECD-

Standards einleitet, z. B. durch Aufnahme diesbezüglicher Gespräche zum Abschluss einer bilateralen Vereinbarung».

Die Schweiz sondiert in Berlin für Verhandlungen – was auf deutscher Seite auf wenig Resonanz stösst. Dahinter steht wohl Taktik: Aus Brüssel ist nun zu hören, dass die Schweiz keine bilateralen Verhandlungen führen darf, sondern mit der EU verhandeln muss. EU-Steuerkommissar Laszlo Kovacs wird zitiert, er wolle den OECD-Standard in einem mit der Schweiz bereits bestehenden Abkommen über Betrugsbekämpfung verankern.

Die Bundesregierung hat am Mittwoch darüber hinaus auch das Zollverwaltungsgesetz geändert. Konnten Zöllner bisher zur Bekämpfung der Geldwäscherei Bargeldkontrollen durchführen, erweitert sich ihre Befugnis bald spürbar. Fallen bei der Kontrolle auch andere Daten wie Kontoumlagen an, kann der Zoll sie an die zuständige (Finanz-)Behörde weiterleiten. Damit wird ein Urteil des Finanzgerichts Baden-Württemberg gekippt. Das Gesetz ist doppelbödiger: Die Weitergabe solcher Daten sei nur zulässig, soweit «Tatsachen» vorliegen, die auf einen Verstoß gegen das Geldwäscherei- oder neu auch das Steuer- und Sozialgesetz schliessen lassen – was für den Zöllner Ermessensspielraum bedeutet. **DM**, Frankfurt

Swedbank in der Verlustzone

Baltikumengagement belastet – Fehlbetrag von 3,4 Mrd. sKr.

Als «kalte Dusche» bezeichnen Medien das Resultat der Swedbank vom ersten Quartal, das weit unter den Erwartungen lag. Die Einnahmen stiegen zwar im Vergleich zur Vorjahresperiode 12% auf 9,4 Mrd. sKr., die Bank erlitt aber 3,4 Mrd. sKr. Verlust (i.V. 2,9 Mrd. sKr. Gewinn), während Analysten ein Plus von 700 Mio. sKr. erwartet hatten.

Das Geschäft auf dem schwedischen Heimatmarkt und in anderen skandinavischen Ländern verlief gut. Hinter den schlechten Geschäftszahlen stehen in erster Linie 6,8 Mrd. sKr. Kreditverluste, vornehmlich aus dem Baltikum, wo die Bank sich von den nordischen Finanzgesellschaften am stärksten engagiert hat. Auch das Geschäft in der Ukraine trug zum Fehlbetrag bei.

Beobachter meinen, die Swedbank hätte eine Gewinnwarnung publizieren müssen. Nun warnte der zu Quartalsbeginn angetretene Konzernchef Mikael Wolf, die Kreditverluste würden noch zunehmen, man habe die Lage aber im Griff. Er wies darauf hin, dass 6,6 Mrd. sKr. des betreffenden Minuspostens Reserven für kommende Verluste seien. Gemäss Swedbank sei die Abschreibung immaterieller Aktiva im Baltikum, wo die Bank einen Goodwillposten von 13,2 Mrd. sKr. aufführt, «nicht auszuschliessen».

Ein Rationalisierungsprogramm mit der Schliessung von Filialen und der Reduktion von Personal soll die Kosten auf diesen Märkten 15% senken. Wolf versicherte, die Swedbank werde sich nicht aus dem Baltikum zurückziehen, in der Ukraine habe man aber weniger Ambitionen als zuvor.

Die Eigenkapitalquote der Grossbank beträgt 10,8% – einschliesslich der Neuemission über 12,4 Mrd. sKr. Die Kreditverluste erreichten im Quartal 2,16% der Ausleihen. Unabhängige Experten erwarten einen Anstieg auf bis zu 4%. Dies sollte die Bank überstehen, u. a. dank staatlicher Hilfsprogramme. **JD**, Stockholm

